

Landkreis Dahme-Spreewald

Der Landrat



Landkreis Dahme-Spreewald, Reutergasse 12, 15907 Lübben (Spreewald)

kollektiv stadtsucht GmbH
Rudolf-Breitscheid-Straße 72
03046 Cottbus

Dezernat bzw. Amt: Dezernat für Verkehr, Bauordnung,
Umwelt und Verbraucherschutz
Bauordnungsamt
Bauleit- und strategische Planung
Anschritt: Brückenstraße 41
15711 Königs Wusterhausen
Bearbeiter/in: Frau Böttcher
Zimmer: 102
Vermittlung: 03375 26-0
Durchwahl: 03375 26-2394
Fax: 03375 26-2422
E-Mail*: bau_planung@dahme-spreewald.de
Aktenzeichen: 40013-24-633
Datum: 08.02.2024
Ihr Schreiben vom: 11.01.2024
Ihr Zeichen:

Stellungnahme im Rahmen der frühzeitigen Behördenbeteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB¹

Amt Unterspreewald, Gemeinde Schönwald, Ortsteil Waldow/Brand

4. Änderung Flächennutzungsplan der Gemeinde Schönwald OT Waldow/Brand

eingereichte Unterlagen, Posteingang 11.01.2024:

- E-Mail Planungsbüro kollektiv stadtsucht GmbH vom 11.01.2024
- Planzeichnung der 4. Änderung des FNP mit Gegenüberstellung der aktuell rechtskräftigen Darstellung im FNP im Maßstab 1 : 20.000 - Vorentwurf, Stand 2. November 2023
- Begründung der 4. Änderung des FNP - Vorentwurf, Stand 02.11.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

die o. g. Unterlagen zum Vorentwurf der 4. Änderung des Flächennutzungsplanes wurden zur Kenntnis genommen. Es ergeht nachfolgende Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 1 BauGB.

Untere Naturschutzbehörde gemäß BauGB, BNatSchG²

☐ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung

☒ Betroffenheit durch die vorgesehene Planung

1. Einwendungen

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:

Alle Anforderungen gemäß der Anlage 1 zu § 2 Abs. 4 BauGB sowie §§ 2a und 4c BauGB sind zu erfüllen.

b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

Insbesondere hinsichtlich des Artenschutzrechtes nach § 44 BNatSchG und des Biotopschutzes nach § 30 BNatSchG ist grundsätzlich zu prüfen, ob der Ausführbarkeit der Planung entsprechende, nicht überwindbare Sachverhalte entgegenstehen könnten. Die Methoden und Mindest-

Hauptsitz	Verwaltungsstandorte in	Verwaltungsstandorte in	Bankverbindung	Internet
Reutergasse 12	15907 Lübben (Spreewald)	15711 Königs Wusterhausen	Mittelbrandenburgische	www.dahme-spreewald.de
15907 Lübben (Spreewald)	Beethovenweg 14	Brückenstraße 41	Sparkasse in Potsdam	E-Mail
Postanschrift	Weinbergstraße 1	Schulweg 1 b	IBAN: DE22 1605 0000	post@dahme-spreewald.de *
Postfach 14 41	Hauptstraße 51	Fontaneplatz 10	1000 5242 52	* Die genannten E-Mail Adressen dienen
15904 Lübben (Spreewald)	Logenstraße 17	Zeesen	BIC: WELADED1PMB	nur dem Empfang einfacher Mitteilungen
	15926 Luckau	Karl-Liebnecht-Str. 157		ohne Signatur und/oder Verschlüsse-
	Nonnengasse 3			lung.

standards bei der Feststellung des Arteninventars hat sich grundsätzlich am Stand der wissenschaftlichen Forschung und an den sich daraus ableitbaren Qualitätsstandards zu orientieren.

Die im Plangebiet vorkommenden Biotope sind als eine der Grundlagen für Artenschutzprüfungen in einer eigenen Kartierung zu erfassen.

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

4. Weiter gehende Hinweise

Im Umweltbericht sind die Umweltauswirkungen auf die einzelnen Schutzgüter nach § 1 Abs. 6 Nr. 7a BauGB (z. B. Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen usw.) zu beschreiben und zu bewerten. Es sind die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Schutzgütern darzustellen. Bei der Ermittlung der Auswirkungen des Vorhabens auf Naturhaushalt und Landschaft, insbesondere auf das Schutzgut Boden und Biotope, ist die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung (§§ 14 und 15 BNatSchG) zu beachten und die zugehörige Kompensation im Plangebiet vorzubereiten. Gemäß § 1a Abs. 3 BauGB hat der Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft durch geeignete Darstellungen nach § 5 BauGB als "Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich" vorrangig im Plangebiet oder generell innerhalb der Gebietskörperschaft zu erfolgen. Durch die Gemeinde sind im Flächennutzungsplan entsprechende Flächen herauszuarbeiten und darzustellen.

Im Umweltbericht ist die Betroffenheit geschützter Arten (alle wildlebenden Vögel und die Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie) darzulegen.

- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Zur Vermeidung von Mehrfachprüfungen kann gemäß § 2 Abs. 4 Satz 5 BauGB bei parallelen Planverfahren die Umweltprüfung für den Bebauungsplan auch für das Flächennutzungsplanverfahren Verwendung finden. Dabei ist zu beachten, dass sich die Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 Satz 5 BauGB in einem zeitlich nachfolgend oder gleichzeitig durchgeführten Bauleitplanverfahren auf zusätzliche oder andere erhebliche Umweltauswirkungen beschränken kann, wenn die Umweltprüfung in einem die gleichen Flächen betreffenden parallelen Bauleitplanverfahren bereits durchgeführt wird. Der Begründung ist dennoch ein dem jeweiligen Bauleitplanverfahren eigener Umweltbericht gemäß § 4 Abs. 4 Satz 1 BauGB i. V. m. § 2a Nr. 2 BauGB beizulegen.

Untere Wasserbehörde

- ☐ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Die Ausweisung neuer Baugebiete im Rahmen der Planung zieht die Bebauung großer Flächen nach sich. Es werden zusätzliche Flächen versiegelt, was zu einer Verminderung der Grundwasserneubildung führen kann. Somit kann das Grundwasser durch geplante neue Baugebiete in Menge und Qualität beeinträchtigt werden. Aus diesem Grund hat eine Darstellung der Auswirkungen auf das Grundwasser zu erfolgen.

Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde gemäß BBodSchG³

- ☐ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Betroffenheit durch die vorgesehene Planung

- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Im Änderungsbereich des Flächennutzungsplanes befinden sich nach dem derzeitigen Kenntnisstand im Altlastenkataster des Landkreises Dahme-Spreewald keine Altlasten bzw. altlastverdächtigen Flächen gemäß § 2 Abs. 5 und 6 BBodSchG.

Untere Bauaufsichtsbehörde

- ☐ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Die Konformität der Größe der ausgewiesenen Flächen im Flächennutzungsplan (100 ha) und im parallel im Verfahren befindlichen Bebauungsplan (115,9 ha) ist herzustellen.

Brandschutzdienststelle

- ☒ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☐ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Amt für Veterinärwesen, Verbraucherschutz und Landwirtschaft gemäß BauGB

Landwirtschaft

- ☐ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☒ Betroffenheit durch die vorgesehene Planung

5. Einwendungen

a) Einwendung:

Gemäß § 1a Abs. 2 BauGB soll mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen und die Bodenversiegelung auf das notwendige Maß begrenzt werden. Die Umnutzung landwirtschaftlicher Flächen hat nur im notwendigen Umfang zu erfolgen. Hierfür hat eine Alternativenprüfung zu erfolgen, u. a. ist hierbei auch die Bodengüte landwirtschaftlich genutzter Flächen zu beachten.

b) Rechtsgrundlage: § 1 Abs. 6 und 7 BauGB, § 1a Abs. 2 BauGB

c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung:

Im Rahmen des Planverfahrens muss gemäß § 1a Abs. 2 BauGB eine Alternativenprüfung vorgenommen werden, um wertvolle Landwirtschaftsflächen zu schützen. Die dargestellte Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung Photovoltaik ist im Rahmen der Abwägung und unter Beachtung der vorhandenen Bodengüte anzupassen bzw. zu verkleinern. Es sind nur Flächen von schlechter Bodenqualität (unter 20 Bodenpunkten) einer landwirtschaftlichen Nutzung zu entziehen. Die Abwägungsergebnisse sind in die Begründung zur Flächennutzungsplanänderung aufzunehmen.

6. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts
7. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen
8. Weiter gehende Hinweise

Die Änderung des Flächennutzungsplanes wird seitens des Sachgebietes Landwirtschaft kritisch gesehen, da mit der geänderten Darstellung ein Entzug von Flächen für die Landwirtschaft vorbereitet wird. Die Änderungsflächen umfassen 115,9 ha und werden derzeit größtenteils als Landwirtschaftsfläche durch die Bäuerliche Produktionsgemeinschaft WARIS GmbH & Co KG und Frau Janine Weber aktiv bewirtschaftet.

Für Solarflächen sind Standorte entlang der Autobahnen laut Gesetzgeber vorrangig zu nutzen. Die Bodengüte für den Änderungsbereich liegt zwischen 15 und 48, im Mittel um ca. 25.

Die Standortwahl für Solarfreiflächenanlagen sollte sich ausschließlich auf versiegelte Flächen und Konversionsflächen orientieren, keinesfalls auf aktiv bewirtschafteten landwirtschaftlichen Nutzflächen. Die Nahrungs- und Futtermittelproduktion auf landwirtschaftlichen Flächen sollte nicht durch die Produktion erneuerbarer Energien minimiert werden. Gegebenenfalls können Kompensationsflächen zur landwirtschaftlichen Nutzung gewonnen werden.

Im Landkreis Dahme-Spreewald liegt der derzeitige Anteil an der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien am Stromverbrauch bei über 200 %. Die Folge ist, dass Anlagen abgeschaltet werden, weil das Stromangebot die Bedarfe übersteigt und Netzengpässe vorliegen. Ein weiterer Fokus muss daher u. a. auf die Speicherkapazitäten gelegt werden. Solange zu wenig Speicher- bzw. Technologien zur Nutzung des erzeugten Stromes aus erneuerbaren Energien zur Verfügung stehen, ist ein weiterer Ausbau der erneuerbaren Energien unter Innutzungnahme wertvoller landwirtschaftlicher Nutzflächen wenig zielführend.

Entsprechend der "Handreichung zur Standortauswahl von Photovoltaikanlagen" des Landkreises Dahme-Spreewald vom 15. März 2023 soll der Bau von PV-Anlagen auf landwirtschaftlichen Böden möglichst vermieden werden. Landwirtschaftliche Flächen stellen die Grundlage für die Eigenversorgung mit landwirtschaftlichen Gütern und damit für die Versorgungssicherheit dar. Der Ukraine-Krieg hat gezeigt, wie hoch die Abhängigkeit Deutschlands von Importen im globalisierten Markt ist. Die Wichtigkeit eigener (landwirtschaftlicher) Produktion wurde deutlich. Es sollten vorrangig landwirtschaftliche Flächen mit niedrigen Bodenwertzahlen (< 20) für eine Nutzung durch PV-Anlagen herangezogen werden. Vor allem in Brandenburg ist dies wichtig, da ein Großteil der verfügbaren landwirtschaftlichen Flächen (ca. 80 %) ohnehin als benachteiligt gilt. Zusätzlich sollte auf die Ausgestaltung der Anlagen als Agri-PV Anlage hingewirkt werden, da diese Anlagenform dazu beiträgt, den Verlust landwirtschaftlicher Flächen zu verhindern.

(<https://www.dahme-spreewald.info/de/aktuelles/handreichung-fuer-kommunen-zur-standortauswahl-fuer-photovoltaikanlagen/116274>)

- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☐ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Untere Denkmalschutzbehörde

Bau- und Bodendenkmalschutz

- ☒ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☐ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Kataster- und Vermessungsamt

- ☐ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

Der auf der Planzeichnung vorhandene Quellenvermerk GeoBasis-DE/LGB ist entsprechend Punkt 3.4 der "Verwaltungsvorschrift zur Herstellung von Planunterlagen für Bauleitpläne und Satzungen nach § 34 Absatz 4 und § 35 Absatz 6 des Baugesetzbuches" (Planunterlagen VV) vom 16. April 2018 (ABl. für Brandenburg 17/2018 S. 389 ff.) mit dem Jahr der Datenbereitstellung zu ergänzen.

Bauleit- und strategische Planung gemäß BauGB, BauNVO⁴

- ☐ Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Betroffenheit durch die vorgesehene Planung
- ☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen
- ☒ Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise

In der Planzeichenerklärung ist für die Bauflächen die Angabe von Rechtsgrundlagen zweckmäßig, da die Regelungen nur im Zusammenhang mit der BauNVO verstanden werden können und sie somit zum Verständnis beitragen. Ergänzend ist in der Planzeichenerklärung für die Sonderbauflächen die verwendete Kurzbezeichnung anzugeben.

Die zitierten Rechtsgrundlagen sind vor Satzungsbeschluss zu aktualisieren (BauGB).

Eine Kopie der Stellungnahme erhält das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung, Referat GL 5, in Potsdam.

Mit freundlichen Grüßen

in Vertretung



Zettwitz

Beigeordnete und Dezernentin

¹ Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394)

² Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2240)

³ Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306)

⁴ Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. I Nr. 176)